

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	15.02.06

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/4378/06) am
07.02.2006**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Bergmann, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Jürgen Heinemann, Frau Claudia Langenfeld

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Dr. Dirk Krüger (Frakt. Die Linke.PDS), Herr Stefan Teichler (WfW-Fraktion), Herr Manfred Todtenhausen (FDP-Fraktion)

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Dietrich Böttcher (Arbeiterwohlfahrt), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Frau Anneliese Füssel, Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Dr. Britta Lenders (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Helena Wendt (Gesamtelternrat der Kindergärten & Tagesstätten), Frau Felizitas Marx (Kath. Kirche), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Integration), Herr Dieter Verst (Ressort Kinder, Jugend u. Familie - Jugendamt)

als Vertreter der Bezirksjugendräte

Herr Andreas Helsper, Herr Jens Quast

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 – Tageseinrichtungen für Kinder), Frau Friederike Krentz (R. 208.0 – FB Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Britta Jobst (R. 208.2 – FB Jugend & Freizeit), Herr Peter Krieg (R. 208.2 – FB Jugend & Freizeit), Frau Christine Schmidt (R. 208.JHP – Jugendhilfeplanung), Frau Sabine Fahrenkroog (SB 206 – Schulen)

Schrittführerin: Norbert Korte

Beginn: 16.05 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Der **Vorsitzende** verpflichtet Frau Marx (für die Kath. Kirche) und Herrn Böttcher (für die Arbeiter-wohlfahrt) formgemäß als neue Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Es besteht Einvernehmen, den Aufruf der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit zu einer Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung bereits vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung zu behandeln.

Der gemeinsame Antrag der CDU- und SPD-Fraktion zur Verabschiedung einer Resolution durch den Rat der Stadt zu den von der Landesregierung geplanten Mittelkürzungen im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) soll als Tagesordnungspunkt 4.2, die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Frakt. Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung von Familienzentren als TOP 7.2 beraten werden.

Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung

Vor Beginn der Sitzung wurde bereits der Aufruf zur Beteiligung an der Volksinitiative ausgelegt.

Der **Vorsitzende** fordert die Ausschussmitglieder auf, sich an der Volksinitiative zu beteiligen. Vor zwei Jahren gemachte Zusagen müsse auch die neue Landesregierung einhalten.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Mucke, Frau Richling, Herr Schwarz, Herr Ramette, Herr Dr. Kühn und Herr Todtenhausen. Bis auf Herrn Todtenhausen unterstützen alle anderen in ihren Redebeiträgen den Aufruf zu einer Volksinitiative.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.05

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.12.05 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 Anliegen der Jugendräte

Die Jugendräte **Andreas Helsper** und **Jens Quast** berichten über ihre Aktivitäten in den letzten Wochen.

Herr Dr. Kühn sieht vor einer endgültigen Abklärung aller juristischer Fragen

noch keine Möglichkeit, zum Antrag der Jugendräte auf einen Sitz mit beratender Stimme im Schulausschuss und im Migrationsausschuss Stellung zu nehmen.

3

Entwicklung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich ab Schuljahr 2006/2007

Vorlage: VO/0031/06

Frau Güster und **Herr Geisendörfer** stimmen der Verwaltungsvorlage für ihre Fraktionen zu.

Herr Dr. Kühn berichtet über einen neuen OGGS-Erlass, der die Finanzierung von Hortplätzen weiterhin zulässt.

Auf Nachfrage von **Herrn Arens** erklärt **Frau Fahrenkrog**, dass die pro Gruppe vom Land in Höhe von 80.000 € bereitgestellte Investitionskostenpauschale in der Regel nicht ausreicht und deshalb von der Schulverwaltung aus Mitteln der Schulpauschale aufgestockt werden muss.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:

1. Der Rat beschließt die Erweiterung der folgenden Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich um insgesamt 16 Gruppen ab dem Schuljahr 2006/07:
 - a. Grundschulen im Wohnbereich Ostersbaum (GGs Opphoferstrasse, GGS Am Mirker Bach, kGS Am Engelnberg)
 - b. GGS Distelbeck
 - c. GGS Friedhofstrasse
 - d. GGS Hesselberg
 - e. GGS Fritz-Harkort-Schule, In der Fleute
 - f. Kampstrasse
 - g. GGS Königshöher Weg
 - h. GGS Kratzkopfstrasse
 - i. GGS Kurt-Schumacher-Strasse
 - j. GGS Liegnitzer Strasse
 - k. GGS Marienstrasse
 - l. GGS Nützenberger Strasse
 - m. GGS Rudolfstrasse
 - n. kGS Wichlinghauser Strasse
 - o. kGS Sankt-Antonius-Schule, Zur Schafbrücke
2. Der Rat beschließt die Umwandlung der folgenden Grundschulen mit insgesamt 18 Gruppen zu Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich ab dem Schuljahr 2006/07:
 - a. GGS Herrmann-Herberts-Schule, Cronenfelder Strasse
 - b. GGS Eichenstrasse
 - c. GGS Germanenstrasse
 - d. GGS Haselrain
 - e. GGS Küllenhahn
 - f. GGS Mercklinghausstrasse
 - g. GGS Meyerstrasse
 - h. eGS Nützenbergerstrasse
 - i. GGS Schützenstrasse
3. Der Rat beschließt die Umwandlung der folgenden Förderschulen mit insgesamt 2 Gruppen á 25 Schüler/innen zu Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich unter Einbeziehung der Klassen 5 und 6 ab dem Schuljahr 2006/07:

- a. Johannes-Rau-Schule, Förderschule Kreuzstrasse mit Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“
 - b. Astrid-Lindgren-Schule, Förderschule Brucherstrasse mit Förderschwerpunkt „Lernen“
4. Der Rat beschließt für die Förderschulen einen Förderbetrag in Höhe von 70.000 € pro 25 Schüler/innen und Schuljahr zugunsten der Arbeit der beauftragten Kooperationspartner der Schulen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderanträge (Projekt- und Investitionsförderung) für das Schuljahr 2006/07 fristgerecht zu erarbeiten.

Einstimmigkeit

4	Auswirkungen der geplanten finanziellen Kürzungen der Landesregierung	Vorlage: VO/0036/06
----------	--	----------------------------

4.1	Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Vorlage: VO/0036/06/1-A
------------	---	--------------------------------

Herr Ramette äußert sich sehr zufrieden mit der Antwort der Verwaltung zur Anfrage seiner Fraktion.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:

Entgegennahme ohne Beschluss

4.2	Resolution zu den geplanten Mittelkürzungen der Landesregierung im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK	
	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 01.02.2006	Vorlage: VO/0147/06

Herr Ramette kündigt an, dass er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird. Seine Fraktion werde eventuell zur Ratssitzung noch Änderungs- und Ergänzungsvorschläge einbringen.

Herr Todtenhausen kündigt an, dass seine Fraktion den Antrag im Rat der Stadt nicht unterstützen wird.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung auf, die geplanten Mittelkürzungen im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder nicht umzusetzen.

Einstimmigkeit bei einer Enthaltung (Herr Ramette von der Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)

5	Ausbau von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder	
	Vorlage: VO/1571/05	

Herr Mucke und **Herr Geisendörfer** stimmen der Verwaltungsvorlage für ihre Fraktionen zu.

Herr Dr. Kühn erläutert die Vorlage. Er geht auch auf eine Nachfrage von **Herrn Geisendörfer** ein, inwieweit Kinder, deren Eltern nicht beide sozialversicherungspflichtig berufstätig sind, einen Platz erhalten können. Die Verwaltung werde auf die bereits von der CDU-Fraktion im Rat der Stadt gestellte Anfrage antworten, sobald die Rahmenbedingungen festliegen würden. Auf den städt. Haushalt würden dann aber in jedem Fall Mehrkosten zukommen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:

- Alle städtischen Mittel, die durch den demographischen Wandel im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder in den nächsten Jahren frei werden, können für die Finanzierung neuer Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder genutzt werden. Dieses steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Landesmitteln im bisherigen Umfang.
- Der Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder wird beauftragt ein Handlungsprogramm mit möglichst wirtschaftlichen, bedarfsgerechten Angeboten für unter Dreijährige aufzustellen. Die Angebote sind auf das gesamte Stadtgebiet zu verteilen.
- Gem. § 24a Abs. 2 Ziffer 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) werden die Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes wie folgt beschlossen:
Der Ausbau des Platzangebotes wird sukzessive in Höhe der jährlich zur Verfügung stehenden Mittel vorgenommen. Der Ausbaustand wird jährlich zum 15.03. dokumentiert.

Einstimmigkeit

6 Organisationskostenzuschüsse 2006 für anerkannte Jugendorganisationen
Vorlage: VO/0063/06

- 0 Herr Schmalenbeck** weist darauf hin, dass die Jugendverbände auch auf eine inhaltliche Unterstützung ihrer Arbeit durch die Politik angewiesen sind. Er bittet die Ausschussmitglieder deshalb, Einladungen der Jugendverbände zu Jubiläumsfeiern, Tagen der Offenen Tür usw. wahrzunehmen. Er kündigt in diesem Zusammenhang bereits die Jubiläumsfeier des Jugendrings anlässlich seines 60-jährigen Bestehens am 2. Sept. im Haus der Jugend Bergstraße an.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:

Dem vom Jugendring Wuppertal e.V. vorgeschlagenen Schlüssel zur Verteilung der bei der Haushaltsstelle 4510-718.0000 „Zuschüsse an Jugendorganisationen“ veranschlagten Mittel wird zugestimmt.

Einstimmigkeit

7 Einrichtung von Familienzentren
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN **Vorlage: VO/0090/06**

7.1	Entwicklung von Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren	Vorlage: VO/1576/06
7.2	Einrichtung von Familienzentren Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Vorlage: VO/0142/06
	Frau Weidenbruch erläutert die beiden Vorlagen. Interessierte freie Träger könnten sich direkt an das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration wenden. An der anschließenden Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Herr Arens, Herr Dr. Hamburger, Herr Dr. Kühn und Herr Verst. Es besteht Einigkeit, dass ein zwischen der Stadt und den freien Trägern abgestimmtes Konzept erarbeitet werden muss. <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:</u> Entgegennahme ohne Beschluss	
8	Berichte	
8.1	Weitere Informationen zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe (KICK)	Vorlage: VO/0053/06
	Herr Verst erläutert kurz die neue Aufgabe der Fachkräfte in allen Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung. <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006</u> Entgegennahme ohne Beschluss	
8.2	Sachstand Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Wuppertal	Vorlage: VO/0091/06
	Herr Verst bedauert, dass sich die Ausarbeitung des Kinder- und Jugendförderplans für Wuppertal wegen der noch ungeklärten Finanzierungsfragen auf Landesebene und notwendiger Beteiligungen verzögert. <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:</u> Entgegennahme ohne Beschluss	
8.3	Beratungsservice für Kinderbetreuungsangebote	Vorlage: VO/1235/06
	Frau Weidenbruch bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit den freien Trägern. <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:</u> Entgegennahme ohne Beschluss	

Der **Vorsitzende** zeigt sich zufrieden mit dem vorgelegten Zahlenwerk.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.02.2006:

Entgegennahme ohne Beschluss

9 Wünsche und Anregungen

1. Zusammenarbeit Schule/Jugendhilfe

Herr Böttcher bezieht sich auf die dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 08.11.05 vorgelegte Drucksache mit den Verfahrensvorschlägen zur engeren Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Er vermisst eine Mitwirkungsmöglichkeit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in der dort angesprochenen Lenkungsgruppe unter dem gemeinsamen Vorsitz der beiden Beigeordneten der Geschäftsbereiche 2.1 und 2.2.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die freien Träger in den Steuerungsgruppen zu den einzelnen Themenfeldern vertreten sind. Bei der Lenkungsgruppe handele es sich um ein rein verwaltungsinternes Gremium. Sollten Arbeitsergebnisse aus den Steuerungsgruppen von der Lenkungsgruppe abgeändert werden, erfolge eine entsprechende Rückkoppelung. Die Arbeitsergebnisse der Lenkungsgruppe würden in den Schulausschuss und den Jugendhilfeausschuss eingebracht. Die freien Träger hätten dann im Rahmen der Beratungen im Jugendhilfeausschuss die Möglichkeit, Einfluss auf die Vorschläge der Lenkungsgruppe zu nehmen.

2. Umbau des Hauses der Jugend Barmen

Herr Dr. Krüger erinnert an den vom Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 14.06.05 gefassten Beschluss zum Umbau des Hauses der Jugend Barmen. Er befürchtet, dass die seinerzeit in der Vorlage vorgestellte Konzeption wegen fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden kann.

Herr Dr. Kühn sieht durchaus noch Chancen auf Bewilligung der beantragten Landesmittel. Man müsse jetzt die Haushaltsplanberatungen im Landtag abwarten. Soweit es neue Erkenntnisse gebe, werde die Verwaltung den Ausschuss in der kommenden Sitzung informieren.

3. Doppelte Kindergartenbeiträge

Frau Weidenbruch antwortet auf eine Frage von **Frau Güster** zur Zahlung der Kindergartenbeiträge bei einem Wechsel der Einrichtung im laufenden Kindergartenjahr. Die Stadt könne bei einem freiwerdenden Platz freiwillig auf eine Weiterzahlung des Beitrages bis zum Ende des Kindergartenjahres verzichten. Die Einrichtungen würden sich deshalb bemühen, freiwerdende Plätze so schnell wie möglich wieder zu besetzen, um den Eltern doppelte Kosten zu ersparen. Generell müsse die Stadt aber bei einem Wechsel der Einrichtung wegen der damit verbundenen Einnahmeausfälle auf die Weiterzahlung des vereinbarten Kindergartenbeitrages bestehen.

4. Kostenlose Schwimmbadbenutzung im Rahmen der Stadtranderholung

Herr Arens trägt vor, dass nach seinen Informationen der Besuch der städt. Schwimmbäder für die an den Stadtranderholungsmaßnahmen der freien Träger teilnehmenden Kinder nicht mehr kostenlos sein soll.

Herr Verst will sich innerhalb der Verwaltung um eine einvernehmliche Lösung bemühen, um die Verbände nicht mit zusätzlichen Kosten zu belasten.

Herr Schwarz wünscht sich auch für die Teilnehmer/innen der Ferienprogramme der Jugendverbände die Möglichkeit, die städt. Schwimmbäder kostenlos benutzen zu können.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer